

# DER BÜRGER IM STAAT

1-2016



## Inklusion

Manfred Henke steuert einen Beitrag über Armut und Sozialstaat bei. Danach hat sich seit Marx nichts daran geändert, dass das Ziel der Sozialpolitik nicht die Abschaffung, sondern die Erhaltung der Armutsrolle ist. Auch hier hätte man sich eine offene Auseinandersetzung mit Artikel 20 Grundgesetz (GG) gewünscht, nach dem die Verpflichtung zum Sozialstaat zu den Essentials unserer Verfassung zählt.

Im Schlusskapitel greift wiederum Johannes Schillo soziale Probleme auf, die uns bedrängen. Dazu gehört u.a. der bedenkliche Anstieg der Armutsquote. Gerade nach Artikel 20 GG kann sich die Politik nicht damit abfinden, sondern muss alles tun, um den Trend umzukehren. Das scheint aber möglich, ohne das gesamte System in Frage zu stellen. Ausführlich beschäftigt sich der Herausgeber mit Thomas Piketty, der einen riesigen Erfolg mit seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ hat. Doch auch bei ihm wird schließlich konstatiert, dass er letztlich bei der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bleibe und lediglich einige Korrekturen fordere.

Das bemerkenswerte Anliegen, Marx im Original zu studieren, verdient Unterstützung. Es ist auch für den Kreislauf nicht schädlich, wenn man sich über die eine oder andere These etwas aufregt (so stimmt es einfach nicht, dass sich die politische Bildung im öffentlichen Auftrag nur mit dem Schutzmantel des Extremismus dem Marxismus genähert habe). Die Autoren hätten vermutlich mehr Erfolg mit dem Buch, wenn sie nicht so missionarisch auftreten würden. Es fällt auf, dass der Kern des Grundgesetzes, die Menschenwürde und die Grundrechte so gut wie ausgeblendet werden. Auch wäre die Frage interessant, warum es noch nicht

gelingen ist, ein Gemeinwesen nach den Originallehren von Marx aufzubauen und weshalb der Marxismus so oft missbraucht wurde, um Diktaturen und totalitäre Systeme zu legitimieren.

Siegfried Schiele

### Internationale Beziehungen

Christian Tuschhoff:

#### Internationale Beziehungen. Basics

UVK Verlagsgesellschaft Konstanz/München 2015.  
293 Seiten, 24,99 Euro.

Die moderne Politikwissenschaft hat sich in den letzten 30 Jahren verändert. Sie glitt zunehmend von einer historisch beschreibenden und verdichtenden Wissenschaft über zu einer „analytischen“ Wissenschaft. Dieser Typ von Wissenschaft wird auch als *Science* bezeichnet. *Science* im Unterschied zu Wissenschaft ist zum Teil ein programmatischer Kampfbegriff, zum Teil ideologischer Anstrich und zum Teil eine neue Art der Herangehensweise. Diese ist dadurch gekennzeichnet, dass der Begriff „analytisch“ für zweierlei steht: zum einen werden die zu untersuchenden Themen nach klaren Kategorien ausgewählt, zum zweiten sind diese so angelegt, dass sie so weit wie möglich messbar sein sollen. Die Studie von Christian Tuschhoff, Privatdozent an der Freien Universität Berlin, entspricht dieser Sichtweise. Gesucht hat der Autor nach Mechanismen, die im inhaltlichen Chaos der Wirklichkeit so etwas wie dauerhafte Qualität besitzen. Dem entspricht auch, dass diese Basics-Studie 26

## Lehrerin und Lehrer werden

Mit dem Leitfaden Referendariat im Fach Politik



### hg. von Valeska Bäder und Siegfried Frech

Das Studium ist beendet, das Referendariat beginnt. Die Praxis des alltäglichen Unterrichtens ist markanter Einschnitt und neue Herausforderung zugleich. Bei der LpB ist dazu jetzt der „Leitfaden Referendariat im Fach Politik“ erhältlich.

Er bietet für verschiedene Unterrichtssituationen eine ideale Hilfestellung – für die Kurzvorbereitung, die Planung eines kompetenzorientierten Unterrichts, die Bewertung von Schülerleistungen, die Planung einer Einzelstunde oder der Lehrprobe. Weitere Themen sind Methoden und Medien, Arbeitstechniken mit und ohne Schulbuch, Einzel-, Partner und Gruppenarbeit. Auch die Aspekte „Kategorien des Politischen“ und „Schule und Demokratie“ werden behandelt. Die zahlreichen Checklisten, Kopiervorlagen und Quellentexte machen den Band zum praktischen Arbeitsbuch.

**Bestellung: 8.– Euro** zzgl. Versand, ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: [www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop)

Abbildungen oder Tabellen enthält, also im Durchschnitt graphische Aussagen im Abstand von zehn Seiten.

Die Internationalen Beziehungen (IB) sind eine reife Unterdisziplin im Fach Politikwissenschaft. Die klaren Dimensionen der Analyse sind die drei „I“: Interessen, Interaktionen, Institutionen. Alle drei werden so weit wie möglich einer verständlichen Reduktion auf das Nötigste unterzogen. Die Mechanismen im Umgang mit diesen robusten Dimensionen sind die im Laufe der Entwicklung des Faches getesteten Größen „Konflikt und Kooperation“. Das mag der Leserin bzw. dem Leser arg vereinfacht erscheinen. Jedoch ist der Vorteil einer solchen Herangehensweise unmittelbar einsichtig. Ein getesteter Zugriff auf alle Inhalte der IB ist so möglich; damit ist nicht gesagt, dass nicht weitere Komplexität in der Analyse häufig vonnöten ist.

Inhalte schleichen sich sogar sofort ein: Der Verfasser braucht nämlich theoretische Konstrukte, die eine inhaltliche und auch eine methodische Orientierung auf den Gegenstandsbereich ermöglichen. Ich nenne selbige der Vereinfachung halber Weltbilder.

Tuschhoff wählt die vier wichtigsten Weltbilder aus: Neorealismus, Institutionalismus, Liberalismus und Konstruktivismus. Für den Neorealismus sind die Staaten die wichtigsten internationalen Akteure; dies ist der älteste Ansatz in der Zunft. Der Institutionalismus ist nicht so verschieden vom Realismus, aber er ergänzt doch, dass Institutionen mannigfaltiger Art den Staat der Moderne komplex machen, und dass diese Institutionen ein Gewicht bei Entscheidungen haben. Der Liberalismus rückt vollends von der Staatszentriertheit ab und nimmt die komplexe Interessenvielfalt der modernen Gesellschaft zum Ausgangspunkt seiner Sichtweise. Relativ modern ist der Konstruktivismus, der nicht von gegebenen Größen der Wirklichkeit ausgeht, sondern annimmt, dass jegliches Weltbild ein im Betrachter von dessen Ideenvielfalt geprägtes Konstrukt darstellt: sicherlich die interessanteste Wendung in der Moderne der so genannten „Realität“ gegenüber.

In den nunmehr folgenden sachbezogenen Themenkapiteln rangiert selbstverständlich „Krieg und Frieden“ obenan. Krieg ist ein Thema der Konfliktforschung. Konflikte können durch Mechanismen friedlicher Streitbeilegung beherrschbar gemacht werden. Größte Bedeutung erlangt dabei die Perspektive auf Kosten und Nutzen: Indien und Pakistan sind zwar keine voll entwickelten Industrienationen, jedoch dürfte es beiden Staaten schwer fallen, ein Argument zu finden, unter dem ein Krieg als zwingend erscheinen könnte. Kooperation und Interessenausgleich bieten sich da als rationale Strategie an. Andererseits gibt es Problemlagen irrationaler Art, wie Identitätskonflikte, wo eine Kosten-Nutzen-Überlegung verdrängt wird. Sollte Russland sich im Falle des Zugangs zur Halbinsel Krim rational im Sinne des Völkerrechts verhalten oder zeigen, dass es als Großmacht historisch immer noch anwesend ist? Tuschhoffs Sichtweise impliziert nur einen kurzen Verweis auf China und die USA. Hier kündigt sich unter Umständen ein kommender Hegemonialkonflikt (Wer setzt die Regeln in Asien?) an: Die Daten (S. 62) zeigen deutlich, dass bewaffnete Konflikte nach 1945 in die Regionen Asien und Afrika abgewandert sind. Ein wichtiger Faktor der Kriegsverhinderung ist das Vorhandensein demokratischer Ordnungen, die, wie die Theorie des Libera-

lismus nahe legt, deshalb keine Krieg führen, weil die innere Ordnung, der Ausgleich der Interessen sowie das Funktionieren von Marktwirtschaften Kriege als Mittel der Politik obsolet macht. Dieser Thematik widmet der Verfasser sich im darauf folgenden Kapitel, das die Gültigkeit vom Theorem des „Demokratischen Friedens“ untersucht. Auch hier hat die analytische Politikwissenschaft Wege gefunden, das Konstrukt „Demokratie“ in testbare Dimensionen zu zerlegen, so dass alle Demokratien mit allen Nicht-Demokratien verglichen werden können. Das Resultat klingt zuerst einmal banal: Wie soeben schon gesagt, führten und führen Demokratien keine Kriege mehr gegeneinander. Die Erklärung liegt in der innergesellschaftlichen Struktur dieser Demokratien, die sich als relevant für die Struktur der IB erweist. Mithin ein nicht nur theoretischer Sieg des Liberalismus. Jedoch ist das Ergebnis so einfach nicht. Denn Demokratien führen auch Kriege gegen Diktaturen (vgl. die Luftwaffen Englands, Frankreichs u. a. gegen Libyen). Sowohl die theoretischen Problematiken „Krieg und Frieden“ sowie die „Friedfertige Demokratie“ sind nur mit großem logischem Aufwand zu bewältigen – deren Nutzen sich hoffentlich in Gefahren bewähren wird.

Was den Frieden in den Demokratien so attraktiv gemacht hat, ist die wirtschaftliche Entwicklung in der so genannten Ersten Welt, die durch die anhaltende Freihandelspolitik der USA mit Westeuropa nach 1945 das Wirtschaftswunder nicht nur in Deutschland geschaffen hat. Damit beschäftigt sich das dritte Themenkapitel. Dass Freihandel nicht nur ein leichter Weg der Kooperation war, belegen die jetzigen zähen Verhandlungen zum anstehenden TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*). Jedoch die Grundregel gilt überwiegend: Der komparative Vorteil auch des ungleichen Tausches, wo der eine mehr verdient als der andere, stimmt grundsätzlich, wenn auch nicht in jeder Hinsicht. Die verschiedenen Theorievarianten zum Freihandelstheorem werden vom Verfasser sehr verständlich dargelegt sowie die Hindernisse, die sich in den Weg stellen können. Die Welthandelsorganisation in Genf, 1994 etabliert, ist ein großer Erfolg beim Harmonisieren von Differenzen. Auch das nächstfolgende Kapitel, das sich mit den „internationalen Finanzbeziehungen“ und mit der wichtigen Frage von „Interdependenz“ beschäftigt, gehört noch in den Bereich der „Erfolgsgeschichten“ der IB – erst danach geht's bergab, nicht mit dem Autor aber mit den Themen der Weltgesellschaft. In erfrischender Weise startet Tuschhoff sein Kapitel mit der Frage danach „Was ist Geld?“ Das ist insofern wichtig, weil Geld auch als „Speicher“ für Werte anzusehen ist. Sollte die Speicherfunktion in die Krise geraten, wie dies in den Finanzkrisen seit dem Ende der Regulierungen der jeweils nationalen Finanzmärkte in den 1990er Jahren geschah und durch die Globalisierung beschleunigt wurde, entpuppt sich Geld als ein sehr flüchtiger Wert, der ganze Volkswirtschaften ins Wanken bringen kann. Mit diesen zunehmenden Gefährdungen und Instabilitäten der Märkte müssen sich die Regierungen gegenwärtig pausenlos herumschlagen – und dies mit bisher nur mäßigem Erfolg, wie das Beispiel Griechenland im Verbund der EU zeigt. Hier muss der Verfasser zugeben, dass sich beim Umgang mit Geld – wer hätte das vermutet – reine Kosten-Nutzen-Kalküle nicht immer als tragfähig erweisen, vielmehr geht es auch um „Tradition, Vertrauen und Verläss-

lichkeit“, um Kategorien mithin wo sich das Weltbild des „Konstruktivismus“ bewähren muss. Die Schwierigkeiten im Umgang mit den internationalen Geldströmen bestehen seit den Ölkrisen der 1970er Jahre darin, dass Länder mit Interdependenzverwundbarkeit recht hart getroffen werden können und ihr erworbenes „Kapital“, im weitesten Sinne des Wortes verstanden, auf Jahre dahinschwindet. Leichter ist es für Länder mit Interdependenzempfindlichkeiten, die zwar betroffene Länder „auf dem falschen Fuß“ erwischen, jedoch von diesen kontrolliert werden können. Sprich: die reichen Länder konnten die dauerhaften Ölpreiserhöhungen besser verkraften als die armen Länder, die den Grundstoff Öl z.B. auch für die Erzeugung ihrer Düngemittel benötigten. Finanzbeziehungen bedeuten aber auch Kreditvergabe durch private Banken oder das Weltbankensystem und Direktinvestitionen und sind mithin ein Schmiermittel der internationalen wirtschaftlichen Dynamik.

Dass das „große Geld“ auch schädlich sein kann, mussten viele der Entwicklungsländer erfahren. Da sie vor allem agrarische Produkte auf dem Weltmarkt anzubieten hatten und haben, unterliegen deren Preise erheblichen Kurschwankungen – den *Terms of Trade*. Obwohl also Export von den Freihandelstheoretikern als „grundsätzlich“ vorteilhaft angesehen werden kann, werden die Exporterlöse im Falle der „armen Länder“ von den häufig steigenden Preisen für sowieso schon teure Maschinen und für wichtige Technologie aufgefressen. Dieses Defizit sollte die Entwicklungspolitik kompensieren. Der Autor folgert: „Ein Literaturüberblick über verschiedene Evaluationsstudien zeigt, dass die offizielle Entwicklungshilfe in den Empfängerländern

selbst unter günstigen Rahmenbedingungen kaum eine statistisch erkennbare Wirkung auf das wirtschaftliche Wachstum hinterlässt“ (S. 159). Zudem beeinflusst der Zufluss von Finanzmitteln den Wechselkurs der Währungen ungünstig (ebd.). Da diese Länder zudem von kleinen städtischen Eliten regiert werden, die zuallererst an sich selbst denken, ist es kein Wunder, dass Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung nicht funktioniert haben. Zu den fragwürdigen Strategien wirtschaftlicher Entwicklung kommt mithin noch das Problem von mangelnder *Governance* hinzu. Dieser Begriff hat sich seit der Globalisierung eingeschlichen und umfasst alle Größen einer gesamtgesellschaftlichen Steuerung, insbesondere den Bereich der Zusammenarbeit der multinationalen Konzerne mit den jeweils einheimischen Eliten oder Potentaten. Das gesamte Kapitel zeigt in subtiler Weise – und kategorial analytisch –, dass die Entwicklungspolitik noch auf eine Lösung wartet.

Von daher ist es auch kein Wunder, dass das folgende Kapitel über Migration den Untertitel trägt „Kooperationsversagen auf unterschiedlichen Analyseebenen“. Man kann in der Tat folgern, dass die europäischen Staaten zu keiner einheitlichen Kooperation kommen und damit zum Teil für das ablaufende Drama mitverantwortlich sind. Regelungen wie Tuschhoff sie aufführt, zeigen, wie beträchtliche bürokratische Anstrengungen gemacht wurden, das Problem der Flüchtlinge technisch in den Griff zu bekommen. Technik ohne Politik funktioniert jedoch schlecht bis gar nicht. Das Kapitel verweist, ähnlich wie das vorhergehende, auf ungelöste Probleme, die hoffentlich recht bald besser als bisher therapiert werden können. Man könnte vermuten, dass das nunmehr folgende Kapitel zur

## Politische Tage

Für Schülerinnen und Schüler aller weiterführenden Schularten sowie Grundschulen ab Klasse 2



**Politische Tage** – ein Angebot der **Landeszentrale für politische Bildung** für Schulen in Baden-Württemberg. Veranstaltungen zu ausgewählten politischen Themen als Ergänzung zum normalen Schulunterricht durch junge Expertenteams der Landeszentrale.

### Ziele

- altersgemäße Auseinandersetzung mit politischen Fragen auf Grundlage des „Beutelsbacher Konsenses“
- Anregungen zum gesellschaftlichen und politischen Engagement
- Erwerb methodischer Kompetenzen und Einüben sozialer Lernformen
- Ergänzung und Vertiefung von Unterrichtsthemen der gesellschaftskundlichen Fächer

### Besonderheiten

- methodisch abwechslungsreiche Formate (z. B. Planspiele, Szenario-Workshops, Aktionstage, u. a.)
- Themenvielfalt: Demokratie, Kommunalpolitik, Europa, Globalisierung, Frieden/Sicherheit, u. a.
- intensive thematische Auseinandersetzung über eine (Doppel-)Schulstunde hinaus
- Durchführung an Schulen oder außerschulischen Lernorten

### Ansprechpartner

- Außenstelle Freiburg für Schulen im Regierungsbezirk Freiburg  
**[www.lpb-freiburg.de](http://www.lpb-freiburg.de)**
- Außenstelle Heidelberg für Schulen in den Regierungsbezirken Karlsruhe und Stuttgart  
**[www.lpb-heidelberg.de](http://www.lpb-heidelberg.de)**
- Fachbereich „Politische Tage“ für Schulen im Regierungsbezirk Tübingen  
**[www.lpb-bw.de/politische-tage-rb-tuebingen.html](http://www.lpb-bw.de/politische-tage-rb-tuebingen.html)**

## BUCHBESPRECHUNGEN

Menschenrechtspolitik auf ähnlich desolate Zustände verweist. Dies ist aber nicht der Fall. Obwohl die europäischen Öffentlichkeiten auf die Flüchtlingsthematik im Mittelmeerraum mehr oder minder fassungslos reagieren, so gelten die Menschenrechtspolitiken der Staaten weiterhin und haben wichtige und positive Ergebnisse festschreiben können. Jedoch die gegenwärtige Wucht der Flüchtlingsströme übersteigt die rechtliche Fähigkeit des gewachsenen Menschenrechtsschutzes und seiner Praktiken.

Konkret: Menschenrechte beziehen sich nicht auf akute soziale Probleme, wie z.B. die gegenwärtigen Flüchtlingsströme, sondern auf rechtliche Verfahren durch die bedeutenden Menschenrechtsorganisationen und das Regelwerk von Vereinten Nationen und EU. Menschenrechte helfen gegen politische Morde, Folterungen, gravierende ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung. Tuschhoff hat in der Einleitung zu jedem Kapitel eine „Rätselfrage“ gestellt. Die zu den Menschenrechten fragt: Warum halten sich bestimmte Staaten an die universellen Pakte über Menschenrechte und andere nicht (wobei sie diese Pakte häufig unterzeichnet haben)? Das Kapitel gibt darauf gute Antworten. Zudem ist der Autor recht kompetent in der Beantwortung einer anderen Frage, nämlich: Bringen Menschenrechte einen Erfolg an Schutz auf der Welt oder nicht?

Menschenrechtspolitiken stehen jedenfalls nicht unter dem Verdacht der Erfolglosigkeit wie die Umweltpolitiken. Diese leiden darunter, dass die Kosten für Umweltschutz zu hoch sind und unmittelbar anfallen und ihr Nutzen erst in der Zukunft liegt. Das sind Probleme mit denen demokratische Politik überfordert ist oder unter Stress steht. Häufig ist das Machbare noch nicht umsetzbar, weil starke Interessengruppen dies mit Verweis auf Standortwechsel und

Entlassungen konterkarieren können. Es handelt sich dabei zumeist, wie etwa beim großen Thema Klimawandel, um öffentliche Güter, die nicht zum sofortigen Handeln aufrufen. Wenn die Arktis schmilzt, scheint dies zuerst ein Problem für die Eisbären zu sei – und nicht für uns. Ganz so hilflos ist die Menschheit jedoch nicht. Vieles wurde erreicht um Umweltverschmutzung oder etwa den Artenschutz (Beispiel Wale) zu verbessern, aber die großen Probleme suchen noch nach Lösungen.

In der Darstellung seiner Theorien hatte Tuschhoff auf den Ansatz „Zivilisationen“ verwiesen. Seit den 1990er Jahren gewannen solche Großtheorien wie „Kampf der Zivilisationen“ von Samuel Huntington oder vom „Ende der Geschichte“ von Francis Fukuyama an Verbreitung, weil sie einen Horizont an Orientierung für die Einordnung all der soeben angesprochenen Detailprobleme boten. Tuschhoff greift diesen Ansatz in seinem Schlusskapitel nochmals auf und erläutert ihn als einen allgemeinen Fluchtpunkt für ein Weltbild, in dem die IB aufgehoben sind. Er neigt dabei aber weder der permanenten Kriegstheorie von Huntington noch dem Harmoniebild von Fukuyama vom Ende aller Großkonflikte zu, sondern wählt einen Ansatz, den der deutsch-amerikanische Professor Peter Katzenstein von der Cornell Universität bevorzugt: *encounter* und *engagement*. Dies soll heißen, die Menschheit ist eine Gemeinschaft, „Ökumene“ nach Katzenstein, die sich „begegnet“ und dabei „Verbindungen“ eingeht. Das scheint in der Tat der richtige Ansatz zu sein, wie man Zivilisationen sehen sollte, nämlich als ergebnisoffene Handlungssysteme, innerhalb derer die Weltgesellschaft gefordert ist, nach besseren Lösungen als bisher zu suchen. Tuschhoff liefert mithin nicht nur klares analytisches Wissen, sondern auch eine brauchbare theoretische Perspektive.

Jacob Schissler



Wenn Sie **DER BÜRGER IM STAAT** abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur € 12,80, vier Hefte im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname bzw. Organisation

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
Geldinstitut

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
IBAN

\_\_\_\_\_  
BIC

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

### Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Redaktion Der Bürger im Staat, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart.  
Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift